

17. Mai 2021

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Zeit ist schnell-lebig und einige Entwicklungen in der Jugendhilfe und Sozialen Arbeit schreiten rasant fort. Ich möchte Sie in dieser Rundmail über folgende Themen informieren:

- Bundesrat stimmt Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) zu – Kinderschutz steht vor Herausforderungen
- Kinderrechtsorganisationen fordern Änderungen beim Gesetzentwurf zur Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz
- AFET-Zwischenruf zu aktuellen und zukünftigen Handlungsnotwendigkeiten Erziehungshilfe in den Phasen der Corona-Pandemie dialogisch gestalten!
- Bündnis Kindergrundsicherung legt aktualisiertes Konzept vor
- Methodenkoffer mit Materialien zur Förderung von Beteiligung in der Vormundschaft - auch für andere Felder der Jugendhilfe gut nutzbar;-)!
- DGSF-intern
- Positionspapier des Trägers inpeos „Lasst uns reden - Dialogfähigkeit von jungen Menschen in der Pandemie stärken“
- 17. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT) von überall auf der Welt zu besuchen
- Sachstand zu Wirksamkeitsstudie aufsuchender systemischer Arbeit in der Jugendhilfe
- Vielleicht sehen wir uns virtuell in den nächsten Tagen beim DJHT – kommen Sie gerne am Stand der DGSF zum „Hallo und mehr...“ sagen vorbei – wir freuen uns! Ich wünsche Ihnen ein schönes Pfingstfest.

Birgit Averbek  
Fachreferentin für Jugendhilfe/-politik und Soziale Arbeit

Falls Sie die Rundmail nicht mehr erhalten möchten, reicht eine kurze Mail.

---

## **1. Bundesrat stimmt Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) zu – der Kinderschutz steht vor Herausforderungen**

Am 07.Mai 2021 hat der Bundesrat der SGB VIII-Reform zugestimmt. In den Rundmails der vergangenen Monate habe ich ausführlich über den Prozess und die Positionierungen der DGSF zu einzelnen Fachthemen berichtet. Konstruktiv ist, dass mit dem KJSG der Grundstein für eine inklusive Jugendhilfe gelegt wird und in drei Stufen bis 2028 die gleichberechtigte Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen endlich gesetzlich verankert ist. Neben weiteren begrüßenswerten Änderungen wie der neuen Möglichkeit der gemeinsamen Unterbringung ganzer Familien im Kontext des § 19, niederschwellige Hilfen für Kinder und Eltern in Notsituationen und dem Rechtsanspruch von Eltern auf Hilfen nach Unterbringungen von Kindern drohen in anderen Themenbereichen – wie insbesondere dem Kinderschutz – rechtliche Vorgaben, die einen Paradigmenwechsel von Jugendämtern einleiten – weg von einer Hilfeinstitution, hin zu einer Kontroll- und Ordnungsbehörde. So ist z.B. die verpflichtende Beteiligung von bestimmten Melder\*innen an der Gefährdungseinschätzung im § 8a, eine verbindliche Rückmeldepflicht der Jugendämter und eine Art „Meldepflicht“ für Ärzt\*innen und andere Akteur\*innen im Gesundheitswesen ein echtes Problem. Zu befürchten ist eine nicht zu vermittelnde diverse Praxis in den Kommunen und die Gefahr einer Spaltung der Helferlandschaft. Die DGSF wird sich in zukünftige fachlich-interdisziplinäre Diskurse zur Umsetzung der Vorgaben einbringen und sich politisch weiter für einen hilfeorientierten Kinderschutz bundesweit einsetzen.

Die Gesetzestexte, Synopsen sowie die Stellungnahmen der DGSF und weitere Informationen [finden Sie hier](#) und auf der Website des [Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht \(DIJuF\)](#). In einem [Rundschreiben des Erziehungshilfeverbands EREV](#) sind die wesentlichen Änderungen gut zusammengefasst.

## **2. Kinderrechtsorganisationen fordern Änderungen beim Gesetzentwurf zur Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz**

Anlässlich der Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags am 17. Mai ruft das Aktionsbündnis Kinderrechte (Deutsches Kinderhilfswerk, Deutscher Kinderschutzbund, UNICEF Deutschland in Kooperation mit der Deutschen Liga für das Kind) Bund und Länder dazu auf, tragfähige Lösungen für die bestehenden Kritikpunkte am aktuellen Regierungsentwurf zur Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz zu finden:

<https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/2021/kinderrechte-grundgesetz-anhoerung-rechtsausschuss/241656>

Die DGSF hat sich mit 100 weiteren Organisationen im März 2021 einem [Appell des Aktionsbündnis Kinderrechte](#) angeschlossen, die Kinderrechte in einem eigenen Absatz in das GG aufzunehmen und nicht unmittelbar mit den Elternrechten zu verknüpfen.

Auch das Bundesjugendkuratorium (BJK), ein von der Bundesregierung eingesetztes Sachverständigen-gremium, das die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Kinder- und Jugendhilfe und in Querschnittsfragen der Kinder- und Jugendpolitik berät, empfiehlt, die Kindergrundrechte in einem eigenen Absatz zu platzieren, eine der KRK inhaltlich gleichwertige, aber eindeutige Formulierung zum Kindeswohl zu finden sowie die umfassende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als Norm zu verankern. Zudem empfiehlt das BJK ein Recht auf Förderung aufzunehmen. Es verweist auf das Recht gegenüber dem Staat, dass Kindern und Jugendlichen diskriminierungsfrei Zugänge zu sozialen, materiellen, kulturellen und wissenschaftlichen Gütern und Teilhabe eröffnet werden müssen. [Weitere Infos gibt es hier](#).

Die Stellungnahme des Bundeserziehungshilfeverbands AFET geht in die gleiche Richtung (siehe DGSF-Rundmail April 2021). Eine schnelle Überarbeitung des aktuellen Gesetzentwurfs der Bundesregierung ist jetzt erforderlich.

## **3. AFET-Zwischenruf zu aktuellen und zukünftigen Handlungsnotwendigkeiten**

Erziehungshilfe in den Phasen der Corona-Pandemie dialogisch gestalten!

Der Bundeserziehungshilfeverband AFET richtet sich mit seinem Zwischenruf an die Fachkräfte der freien und öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe sowie die politischen Vertretungen auf Bundes-, Länder- sowie kommunaler Ebene. Der Verband appelliert an ein gemeinsames Verantwortungsbewusstsein für die pandemiebedingten (Handlungs-)Folgen und fordert die Entwicklung einer Post-Pandemie-Strategie. Es geht darum, den kontinuierlichen Austausch im Sinne eines Qualitätsdialoges nach Ende der Corona-Pandemie fortzusetzen und aus der Krise zu lernen. Dies schließt die Gesamtbewertung und Überprüfung gemeinsam entwickelter Ad-hoc-Lösungen während des Lockdowns ebenso ein wie das Ableiten von Entwicklungspotenzialen und die Weiterentwicklung fachlicher Standards und Ressourcen. Leiten Sie den [Zwischenruf](#) gerne in Ihren Netzwerken weiter!

#### **4. Bündnis Kindergrundsicherung legt aktualisiertes Konzept vor**

Das Bündnis, in dem die DGSF seit über 10 Jahren Mitglied ist, befürchtet durch die pandemische Situation eine weitere Verschärfung der Kinderarmut. „Kinder und Jugendliche sind die großen Verlierer dieser Pandemie. Alle mussten auf so viel verzichten, was sonst zu einem unbeschwerten Aufwachsen dazugehört: Vom Kindergeburtstag bis zum Trainieren im Sportverein. Wenn in Deutschland bald wieder mehr Normalität einkehrt, werden aber viele arme Kinder weiterhin auf vieles verzichten müssen, was auch für sie normal sein sollte. Nur weil ihnen das Geld zur Teilhabe fehlt“, so Heinz Hilgers, Bündnis-Koordinator und Präsident des Kinderschutzbundes. „Um Teilhabe für alle Kinder zu gewährleisten, brauchen wir eine Kindergrundsicherung, die ihren Namen auch wirklich verdient. Denn nur so können wir wirklich einen Beitrag zur Verminderung der Kinderarmut leisten“, so Hilgers weiter. Das Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG setzt sich seit 2009 für einen Systemwechsel und eine monatliche Kindergrundsicherung ein, die die bisherigen Leistungen bündelt und das kindliche Existenzminimum einfach und direkt sichert. An der Überarbeitung des Kapitels zum Infrastrukturausbau war die DGSF beteiligt.

Informationen zum Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG sowie das aktualisierte Konzept [finden Sie hier](#) sowie auf der Website unseres Verbands.

#### **5. Methodenkoffer mit Materialien zur Förderung von Beteiligung in der Vormundschaft**

Das Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft hat einen Online-Methodenkoffer für Vormund\*innen entwickelt, der auch für Fachkräfte der Jugendhilfe, die mit Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien und Heimen zum Beispiel im Rahmen der Hilfeplanung arbeiten, interessant ist! Gerade bei der Beteiligung junger Menschen, die unter Vormundschaft stehen, geht es oft um grundlegende, für das Leben der Kinder und Jugendlichen existenziell wichtige Entscheidungen. Aus der Forschung wissen wir, dass viele Kinder und Jugendliche den Eindruck haben, dass dabei vieles über sie und nicht mit ihnen entschieden wird. Der digitale Koffer beinhaltet eine Sammlung von kinder- und jugendgerechten Informationen zu verschiedenen Themen fremduntergebrachter Kinder sowie einführende Texte, Spiele und weitere Materialien, wie Beteiligung in der Vormundschaft angeregt und gestaltet werden kann. In Zukunft wird der Koffer um Praxis- und Erfahrungsberichte ergänzt. [Link](#).

#### **DGSF-intern**

#### **6. Positionspapier des Trägers inpeos „Lasst uns reden - Dialogfähigkeit von jungen Menschen in der Pandemie stärken“**

Der freie Jugendhilfeträger inpeos aus Chemnitz hat ein Papier mit einer Einladung an Sozialarbeiter\*innen/Sozialpädagog\*innen und anderen Akteur\*innen der Jugendhilfe formuliert, sich dafür einzusetzen, junge Menschen zu befähigen, in der Pandemie dialogfähig zu werden. Aus Sicht des Trägers beeinflusst die Krise nicht nur das Gesundheitswesen, die Wirtschaft, Bildung und Kultur, sondern fundamental auch die Kommunikation in Gesellschaft, in Familien und Freundeskreisen. Diese Kommunikation prägt das Weltbild junger Menschen grundlegend mit. Erwachsene vermitteln Kindern Ideen und Werte wie gewaltfrei zu kommunizieren, Konflikte friedlich zu lösen, kritisch zu hinterfragen, einander zuzuhören. Dafür ist der aktuelle Umgang miteinander in der Pandemie aus Sicht des Trägers vielmals ein schlechtes Vorbild. Inpeos lädt Akteur\*innen der Jugendhilfe ein, das Thema aufzugreifen und konkret in ihren Arbeitskontexten zu handeln und bietet an, Erfahrungen zu teilen und Träger und Freiberufler\*innen ehrenamtlich zu beraten. Wenden Sie sich dafür gerne an Daniela Fritsch, Daniela.Fritsch@inpeos.de. Das Positionspapier kann angefordert werden unter info@inpeos.de. Daniela Fritsch koordiniert derzeit gemeinsam mit Frank Baumann-Habersack das Gesellschaftspolitische Forum der DGSF.

## **7. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT) von überall auf der Welt zu besuchen**

Der 17. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag bietet vom 18. bis zum 20. Mai 2021 ein vielfältiges Programm mit Fachveranstaltungen und Messeforen. Pandemiebedingt findet die Veranstaltung als digitale Messe statt. Die DGSF wird neben mehr als 280 anderen Organisationen auf der Messe mit einem virtuellen Stand vertreten sein und lädt Interessierte zu einem Besuch ein. Vorstandsmitglieder und Mitarbeitende der DGSF-Geschäftsstelle sind während des Deutschen Jugendhilfetages zeitweise am virtuellen Messestand anwesend und können via Zoom kontaktiert werden. Darüber hinaus veranstaltet die DGSF am 19. Mai in der Zeit von 9.00 bis 10.30 Uhr mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Die Kinderschutz-Zentren und dem Institut SOCLES, International Centre for Socio-Legal Studies, [ein Fachforum „Hilfeorientierter Kinderschutz?! – eine interdisziplinäre Fachdiskussion“](#).

Weitere Informationen zum DJHT, der kostenlosen Registrierung und der Anwesenheit von Vorstands- und Geschäftsstellenmitgliedern finden Sie [auf der Website der DGSF](#).

## **8. Wirksamkeitsstudie aufsuchender systemischer Arbeit in der Jugendhilfe**

Die im Rahmen der Mitgliederversammlung 2019 beschlossene evidenzbasierte Studie nimmt nach ausführlichen Planungen der Steuerungsgruppe mit Professor Dr. Holger Ziegler, Universität Bielefeld, als durchführenden Wissenschaftler, jetzt Fahrt auf. Die intensiven Vorarbeiten zu der Studie sind abgeschlossen, das Studiendesign ist in der Endabstimmung. Die ersten Interviews starten in diesem Frühjahr, mit Studienergebnissen wird im Jahr 2024 zu rechnen sein. [Weitere Informationen unter hier](#).